

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Ausgabe bei Daus verdeckt MRR 2,50, durch Postzettel MRR 2,20 einschl. 10,00 Rpf. Postage ohne Verdeckung gebürtig bei Heimatpoststellen. Verkauf: Einzel-Dr. 10 Rpf., außerhalb Sachsen mit Steigen-Marken 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichards, Dresden-ll. I, Marienstraße 18/22. Fernruf 25261. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden.

Anzeigenpreise II. Postklasse Nr. 5: Millimeterseite (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachdruck nach Städte B. Familienanzeigen u. Stellenangebote 4 Rpf. — Sitzungen, 10 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe. Keine Werbung. Unterlängige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sowjetpropaganda im Spanienausschuss

Scharfe Verwahrung des deutschen Vertreters

London, 25. März.

In der Vollziehung des Nichteinmischungsausschusses wurden dem Hauptamt für Nichteinmischung die Vollmachten gegeben, zu entscheiden, wann der Überwachungsplan endgültig in Kraft tritt. Der Vertreter der Sowjetunion beantragte darauf, die „Note“ der Valencia-Bolschewisten vom 13. März vor den Ausschuss zu bringen. In dieser „Note“ hatten die Valencia-Bolschewisten behauptet, daß „geschlossene italienische Truppeneinheiten in Spanien eingezogen“ worden seien. Der Sowjetbotschafter forderte, daß ein Untersuchungsausschuss des Nichteinmischungsausschusses zur Nachprüfung dieser Behauptung nach Spanien entsandt werde.

Vor Plymouth erklärte hierzu, daß die durch den Sowjetvertreter angeschuldigte Frage kein in Schwierigkeiten bringe, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung der Sitzung sehe und er auch vorher keine Nachricht von dem Sowjetvertreter erhalten habe. Der italienische Vertreter erklärte, daß die provozierende Feststellung, die der Vertreter des kommunistischen Staates getroffen habe, von der faschistischen Regierung Italiens die Antwort erhalten werde, die sie verdiente. Der deutsche Vertreter forderte hierauf eine Kopie der Erklärung des Sowjetvertreters. Nach dem Wenigen, was zu verstehen gewesen sei, habe es sich um eine erst kürzlich Hinzulei gehandelt. Tatsächlich beantragte der Vertreter Frankreichs, die vom Sowjetvertreter angeschuldigte Frage möglichst bald dem Untersuchungsausschuss übertragen zu lassen. Lord Plymouth hielt das gleichfalls für das richtige Verfahren.

Der deutsche Vertreter erklärte in Übereinstimmung mit dem Vorstehenden, daß die Frage, die vom Sowjetvertreter angeschuldigt worden sei, vor dem Untersuchungsausschuss gehöre. Er habe jedoch solche eine Kopie der Erklärung des Sowjetvertreters verlangt, weil er nicht wünsche, daß diese für Propagandazwecke benutzt würde. Er wünsche überhaupt, daß Schritte unternommen würden, die verhindern, daß der Ausschuss in ein Propagandacomitee

verwandelt würde. Er befürchte nämlich, daß die Erklärung des Sowjetvertreters innerhalb weniger Stunden aus Gründen der Sowjetpropaganda in der Welt Presse stehen würde. Deutschland halte die Komintern für einzige verantwortliche für die gegenwärtigen Unruhen in Spanien. Er müsse statemachen, daß eine beständige Propaganda in Zukunft nicht mehr erlaubt werden dürfe. Er könne die spanische Note nicht, auf die sich der Sowjetvertreter beziehen habe. Er glaubt aber, daß die Propagandamethoden der Arbeit des Ausschusses nicht dienen. Er müsse weiter die Frage stellen, ob die Arbeiten des Ausschusses vorerst nicht behandelt werden sollten. Der Gegenstand der geplanten Aussprache im Untersuchungsausschuss sei der Presse schon gegeben worden, ehe die Sitzung beendet gewesen sei, und zwar in einer tendenziösen, ungenauen Form. Er fordere daher Garantien, daß die Arbeiten des Ausschusses nicht für Propagandazwecke und unbegründete Anschuldigungen missbraucht würden. Wenn das nicht möglich wäre, müsse jedem Vertreter das Recht geben werden, die Presse über die Ausschuharbeiten zu unterrichten. Schließlich behielt sich der deutsche Vertreter die Stellungnahme der deutschen Regierung an den Aufforderungen der Sowjetregierung gegen die italienische Regierung vor.

Herzliche Begrüßung Graf Cianos in Belgrad

Freudlicher Empfang auf dem Bahnhof - Nur zweitägiger Aufenthalt

Belgrad, 25. März.

Dem italienischen Außenminister Graf Ciano, der am Donnerstag um 9.30 Uhr in Belgrad eintraf, wurde ein großer Empfang bereitet. Alle staatlichen Gebäude haben italienische und jugoslawische Fahnen gehisst. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Begrüßung Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinowitsch, Kriegsminister General Maricich, der Verkehrsminister Dr. Spach, Handelsminister Dr. Urbanitsch, der Oberbürgermeister von Belgrad Alitsch, der Kommandant von Belgrad General Tomitsch sowie höhere Beamte des Außenministeriums eingefunden. Zahlreich war auch die lokale italienische Kolonie vertreten. Eine Ehrenkompanie mit Musikkapelle hatte Aufstellung genommen. Als Graf Ciano in Begleitung des jugoslawischen Gesandten in Rom, Deutschsch, sein Abteil verließ, wurde die Böswilligkeit gewischt. Nach herzlicher Begrüßung durch Dr. Stojadinowitsch schritt Graf Ciano die Front der Ehrenkompanie ab.

An der jugoslawisch-italienischen Grenzzession traf war Graf Ciano vom Banus von Dalbos begrüßt worden. Ciano erwiderte auf die Begrüßungsworte des Banus, er hoffe, daß seine Reise für beide Staaten von Nutzen sein werde und daß die zu erzielenden Ergebnisse Zentral-Europa, dem Balkan und dem gesamten Weltfrieden förderlich sein würden. Graf Ciano bleibt heute und morgen in Belgrad und wird dann voraussichtlich gleich nach Rom zurückkehren.

Botschafter Weltszed bei Delbos

Paris, 25. März.

Der deutsche Botschafter Graf von Weltszed stellte am Mittwoch dem französischen Außenminister Delbos einen Besuch ab.



Die Ernennungen im diplomatischen Dienst

Links: Hans Georg von Mackensen, der bisherige deutsche Gesandte in Budapest, wurde zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt. Rechts: Der bisherige stellvertretende Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Dieckhoff ist für den Botschafterposten in Washington in Aussicht genommen worden.

Aufz. Scherl-Bilderdienst

Aufz. Weißbild GmbH

Zur Politik des Tages

Freundschaft Rom-Belgrad

Zum ersten Male seit dem Weltkrieg stattet ein italienischer Außenminister der jugoslawischen Hauptstadt einen offiziellen Besuch ab. Dieser Besuch bedeutet das Ende einer seit dauernden Spannungen zwischen zwei großen Mächten am Rande des Mittelmeeres. Der Genferab Nam-Belgrad gehörte geradezu zu den unveränderlichen Gründen im politischen Nechinenkampf Europas. Wie ein Treppenmäst der Weltgeschichte mutet es an, daß der italienisch-jugoslawische Ausgleich in einem Augenblick Tatsache wird, der keinen einfließenden Befürwortern aus früherer Zeit als wenig angenehm erscheinen muß: seit Jahren ist es ein Hauptziel des Quai d'Orsay gewesen, einen Friedensbund zu stiften zwischen den beiden Mächten am westlichen und östlichen Ufer des Adria. Barthou hat seine Lebensaufgabe darin gesehen, einen Pakt Rom-Belgrad zustande zu bringen, und als er sich am Ende plauderte, mußte er für diesen Plan sein Leben hingegeben, ohne daß das Opfer einen geschäftlichen Sinn gehabt hätte. Mit dem Marschall-Muschelmord an König Alexander von Jugoslawien und Außenminister Barthou war auch der letzte angelegte Versuch einer französischen Vermittlung zwischen Italien und Jugoslawien gescheitert. In Jugoslawien dämmerte die Erkenntnis, daß Frankreich immer nur zur eigenen Politik im Auge hatte, wenn es von Bindungen auf Aufrechterhaltung des Friedens sprach. Als erster Staat der Kleinen Entente erkannte Jugoslawien, daß der französische „Felsführer“ die politische Gebilde zu einem Instrument seiner egoistischen Einführungspolitik herabgewürdigte. Die Bande zwischen Belgrad, Prag und Bukarest begannen sich mehr und mehr zu lösen, als Jugoslawien als neuer Partner Frankreichs auf den Thronplatz der europäischen Politik trat. Belgrad warf die Vormundschaft des Quai d'Orsay ab und verfolgte von nun an eine autonome politische Linie, die allein von den Erfordernissen des jugoslawischen Staates bestimmt ist. Diese neue Linie führte zu wirtschaftlichen Abmachungen mit Deutschland, zu dem Freundschaftsabkommen mit Bulgarien und zu einem besseren Verhältnis gegenüber Ungarn. Der Besuch des Grafen Ciano in Belgrad bedeutet den Schlussstein dieser Entwicklung, die für den Süden von entscheidender Bedeutung ist. An zweitengigen Verhandlungen, unbeeinflußt von den Interessen Triester, werden die Staatsmänner die Grundlagen für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Rom und Belgrad schaffen. Ist es ein „Zusatz“, daß diese Verhandlungen gerade in dem Augenblick stattfinden, da man in Paris und Prag Kampfhafen bemüht ist, dem verkauften Körper der Kleinen Entente neues Leben einzuslochen? Der Besuch des rumänischen Außenministers Tătărescu in der jugoslawischen Hauptstadt erhält durch den Ciano-Besuch in Belgrad eine Parallele, gegenüber der die Prager Wiederbelebungsversuche zu einem Scheitern verlossen. Der Abschluß des Paktes Rom-Belgrad macht aus der kleinen Entente vollends einen lebenden Leichnam, der einer ernstlichen Belastungsprobe kaum mehr gewachsen sein dürfte.

Maisky schürt das Feuer

In den sogenannten Demokratien herrscht helle Empörung. Man spricht von einer schweren Krise in der Spanienfrage und von Gewitterwolken, die über den europäischen Horizont herausziehen. Was ist geschehen? In London wurde ein offenes Wort gesprochen, und offene Worte können die Diplomaten der alten Schule nun einmal nicht vertragen. Graf Grandi, Italiens Botschafter in der englischen Hauptstadt und Vertreter im Nichteinmischungsausschuss, hat zur Frage der Zurückziehung der Freiwilligen eine verbindliche Erklärung abgegeben. In dieser vertritt er die Ansicht, daß Italien keinen Freiwilligen aus Spanien zurückziehen werde, ehe der Krieg nicht durch die Niederlage der Bolschewisten entschieden ist. Diese Erklärung hat wie eine Bombe eingeschlagen, und sowohl der weeuropäische Blätterwald als auch der von den „demokratischen“ Sendern mit Nachrichten versorgte Amerikaner gestern abend kein anderes Thema als diese italienische Erklärung. Mit scheinharter Entkrüpfung versucht man, Italien als Friedensförderer anzuprangern und ihm als Schuld für eine mögliche Zuführung in die Spanienfrage in die Schuhe zu schieben. Dabei sind die Gründe, die Grandi an seiner Erklärung veranlaßt, durchaus naheliegend. Italien hat wiederholt erklärt, daß es in seiner westlichen Mittelmeerküste auf seinen Fall einen sozialistischen Staat dulden wird. Es ist deshalb verständlich, wenn es die italienischen Freiwilligen, die heute in Spanien leben, so lange im Lande belassen will, bis die Soldaten Moskaus von der Vorenthalbinsel vertrieben sind und Spanien wieder den Spaniern gehört. Eine weitere Rechtfertigung des italienischen Schrittes liegt in den fortgesetzten Menschen- und Munitionstransporten zu gunsten der Bolschewiken in Valencia und Barcelona. Nach verlässlichen Angaben sind noch im Februar, zu einer Zeit also, in der man in Westeuropa geradezu hysterisch nach